Initiativantrag

der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend jugendliche Täterkarrieren stoppen

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für folgendes 5-Punkte-Maßnahmenpaket zur Vermeidung von Gewalt- und Straftaten von unmündigen Minderjährigen und Jugendlichen einzusetzen:

- Mehr Fachpersonal zur Verfügung stellen, insbesondere durch Aufstockung der Studienplätze für soziale Arbeit;
- Bedarfsgerechter Ausbau der Angebote der Kinder- und Jugendpsychiatrie;
- Verpflichtende frühzeitige Abhaltung von Fallkonferenzen bei delinquenten Kindern und Jugendlichen unter Beiziehung aller relevanten Helfersysteme;
- Ermöglichung und Finanzierung von kleinstrukturierten und betreuungsintensiv ausgestalteten sozialpsychiatrischen Wohngruppen mit Ausgangsbeschränkungen für besonders schwer delinquente Kinder ab 12 Jahren;
- Wiedereinführung des Jugendgerichtshofes sowie von Jugendkompetenzzentren auf Ebene der Landesgerichte;

Begründung

Expert:innen sind sich weitgehend einig darin, dass das vielschichtige Phänomen der Jugendkriminalität in den vergangenen Jahren tendenziell in immer jüngeren Jahren auftritt und in einer kleinen, aber dennoch keinesfalls zu vernachlässigenden Gruppe von Kindern und Jugendlichen auch zunehmend extreme Ausprägungen zeigt.

Ebenso besteht unter Expert:innen ein breiter Konsens dahingehend, dass eine Senkung des Straftalters weder dazu beiträgt, zukünftige Straftäter:innen davon abzuhalten Delikte zu verüben, noch dass die Haft einen entsprechenden Beitrag zur gewünschten Resozialisierung sehr junger Straftäter:innen leistet. So belegt etwa eine Auswertung der Statistik Austria, dass die Rückfallsquote (eine oder mehrere Wiederverurteilung nach Haftentlassung) bei Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren deutlich höher (57,4%) als bei erwachsenen Straftätern (27,7%) ist.

Anstatt eine jenseits jeder Expertise angesiedelten Diskussion über die Absenkung des Straftalters zu führen, muss das ernst zu nehmende Phänomen der Jugendkriminalität mit ernst zu nehmenden Maßnahmen bekämpft werden. Die möglichen Ursachen und Hintergründe des kriminellen Verhaltens müssen dabei im Fokus stehen, weil die erklärten Ziele die Abkehr vom kriminellen Verhalten und die Reintegration in die Gesellschaft sind. Ein entscheidender Hebel ist hierbei die medizinische und insbesondere psychiatrische Betreuung. So belegte eine Studie über mögliche Ursachen von Jugenddelinquenz in Österreich, dass der weitaus überwiegende

Teil (90%) an der inhaftierten Jugendlichen an mindestens einer psychiatrischen Störung litt. Über 60% zeigten sogar zwei oder mehr koexistierende Störungsbilder.

Deshalb fordern die unterzeichneten Abgeordneten zusätzliches Fachpersonal, insbesondere durch Aufstockung der Studienplätze für Soziale Arbeit. Zusätzlich müssen kinder- und jugendpsychiatrische Einrichtungen flächendeckend ausgebaut und niederschwellig zugänglich sein. Die aktuellen Versorgungsstrukturen können den Bedarf nicht im erforderlichen Ausmaß decken. Der Ausbau sowohl der sozialarbeiterischen Fachkräfte wie auch der Kinder- und Jugendpsychiatrie stellt wirksame vor- und nachsorgende Strukturen zur Verfügung. Weiters gilt es das wirkungsvolle Instrument der Fallkonferenz, mit allen betroffenen Kräften in allen Fällen mit beteiligten Kindern und Jugendlichen, möglichst frühzeitig zum Einsatz zu bringen, um dadurch möglichst rasch und gezielt gegensteuern zu können.

Um bestmögliche Hilfe für die Bevölkerung und delinquente Kinder zu ermöglichen, sollen neue sozialpsychiatrische Einrichtungen bundesgesetzlich ermöglicht und vom Bund finanziert werden, die über ein engmaschiges personelles Betreuungsnetz von ausgebildeten Fachleuten aus der Sozialpädagogik, wie auch aus der Psychiatrie verfügen. Mithilfe dieses wirksamen doppelten Schutzes der fachlichen Sozialkomponente, wie auch der medizinischen Kompetenz, können wirksame Ausgangsbeschränkungen eingeführt werden, um fremd- und selbstgefährdendes Verhalten außerhalb des strafrechtlichen Systems zu verhindern.

Zusätzlich treten die unterzeichneten Abgeordneten für die Wiedereinführung des Jugendgerichtshofs sowie von Jugendkompetenzzentren auf Ebene der Landesgerichte ein, um speziell für Jugendliche möglichst geeignete Gerichtsstrukturen zu gewährleisten.

Linz, am 13. Juni 2024

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Engleitner-Neu, Margreiter, P. Binder, Knauseder, Strauss, Haas, Wahl, Antlinger